

In der Senatssitzung am 9. Dezember 2025 beschlossene Antwort

S 15

Mitbestimmung bei Tempokontrollen

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 5. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat Kenntnis über die Aktion der Polizeiinspektion Nienburg und Schaumburg, bei der Bürger:innen über neue Standorte für mobile Blitzer abstimmen dürfen, und wie bewertet der Senat diese Aktion?
2. Wie schätzt der Senat Hinweise aus der Bevölkerung in Bezug auf Gefahrenstellen im Straßenverkehr ein, und wie werden diese bisher in die Planung für mobile Blitzer mit einbezogen?
3. Kann sich der Senat vorstellen, die Aktion der benachbarten Polizeiinspektion auch in Bremen durchzuführen, und die Bürger:innen aktiv bei der Standortsuche für mobile Blitzer mit einzubeziehen?

Die Fragen 1 und Frage 2 werden zusammen beantwortet:

Die Aktion der Polizeiinspektion Nienburg und Schaumburg ist aus der Presse bekannt.

Hinweise aus der Bevölkerung sowie von Beiräten und Ortsämtern auf Gefahrenstellen im Straßenverkehr oder beobachteten Verkehrsverstößen werden von der Polizei Bremen positiv bewertet.

Vorgesetzte Standorte werden in Abgleich mit den vorliegenden Verkehrsunfall- und Verkehrsanalysen bewertet. In diese Betrachtung fließen auch Geschwindigkeitsmessergebnisse ein. Erst auf dieser Datengrundlage wird entschieden, an welchen Orten und mit welchen Messsystemen eine tatsächliche Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden kann. Vorrangige Ziele der Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei Bremen sind der Schutz sensibler Bereiche beispielsweise vor Schulen, Einrichtungen für Kinder oder Senioren sowie von Stellen, an denen sich Geschwindigkeitsüberschreitungen als besonders gefährlich erwiesen haben.

Zu Frage 3:

Wie dargelegt, werden Hinweise aus der Bevölkerung bereits in die fachlichen Entscheidungen mit einbezogen. An die konkrete Auswahl der Standorte sind jedoch je nach Messgerät bestimmte Voraussetzungen gebunden, um gerichtsfeste Ergebnisse zu erzielen.

Eine Entscheidung einzig auf Grund von Abstimmungen erscheint vor diesem Hintergrund nicht zielführend, die bereits praktizierte Einbeziehung von Hinweisen der Bewohner:innen aller Stadtteile in die Verkehrssicherheitsarbeit hat sich aus Sicht der Polizei Bremen bewährt.